



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

**Haushaltsplan 2026/2027;  
hier: effektive Drohnenabwehr  
(Kap. 03 18 Tit. 812 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderung vorgenommen:  
Für den Aufbau einer effektiven Drohnenabwehr bei der Polizei wird in Kap. 03 18 (Landespolizei) der Ansatz im Tit. 812 01 (Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen) für die Jahre 2026 und 2027 von 2.780,7 Tsd. Euro um jeweils 3.000,0 Tsd. Euro auf jeweils 5.780,7 Tsd. Euro erhöht.

### **Begründung:**

Die jüngsten Vorfälle und Bedrohungslagen haben deutlich gezeigt, dass Bayern dringend eine umfassende Drohnenstrategie braucht. Eine solche umfassende Drohnenstrategie muss ressortübergreifend, verbindlich und wirksam sein.

Diese Strategie muss beinhalten:

- Bessere Ausstattung der Sicherheitsbehörden – von Radar über Störsender bis hin zu Abwehrsystemen.
- Institutionalisierte Vernetzung – Polizei, Feuerwehr, Flughäfen, Bundeswehr und Betreiber kritischer Infrastruktur müssen eng zusammenarbeiten.
- Ein Lagebild für Drohnenaktivitäten – damit Gefahren erkannt werden, bevor sie Schaden anrichten.
- Durchsetzung der Registrierungspflichten und konsequente Ahndung von Verstößen.
- Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich Drohnenabwehr – damit Bayern technologisch nicht den Anschluss verliert.

Zur besseren Ausstattung der Polizei zur Drohnenabwehr ist es dringend notwendig, die Mittel zur entsprechenden Gerätebeschaffung deutlich zu erhöhen.